

Beschluss

Für einen wirtschaftlichen Aufbruch und ein modernes Land, das einfach funktioniert!

Nachhaltiger Wohlstand und gute Jobs. Eine moderne, klimaneutrale Wirtschaft mit neuen Technologien, die uns an der Weltspitze halten. Saubere Energie, die uns unabhängiger von Despoten und Autokratien macht. Eine Bahn, die pünktlich und im Takt kommt, weil Weichen modernisiert und Schienen erneuert sind. Ein funktionierender ÖPNV – gerade auch auf dem Land. Brücken in gutem Zustand, die nicht Gefahr laufen einzustürzen. Straßen ohne Schlaglöcher. Gut sanierte und modern ausgestattete Schulen, in die es nicht rein regnet, sondern in denen Lernen Spaß macht. Ausgezeichneter Handyempfang überall im Land. Digitale Ämter statt verstaubter Faxgeräte. Bezahlbare, sanierte Wohnungen, auch in der Großstadt. Gute Schwimmbäder, Turnhallen und Sportplätze in jedem Landkreis. All das ist möglich.

Wir wollen für eine neue wirtschaftliche Dynamik sorgen und unser Land modernisieren. Wir wollen eine Wirtschaft, die Spitze ist, und ein Land, das einfach funktioniert. Wir können unsere Klimaziele erreichen, unseren Wohlstand erneuern und eine gute Zukunft schaffen, wenn wir uns trauen, die notwendigen Schritte zu gehen und die Mittel für die nötigen Investitionen – privat wie öffentlich – zu mobilisieren.

Es geht nicht um eine ferne Zukunft, sondern um konkretes Handeln in der Gegenwart. Darum fordern Akteur*innen aus der ganzen Breite der Gesellschaft genau das – einen neuen wirtschaftlichen Aufbruch und massive Investitionen in die Zukunft unseres Landes. Von den Wirtschaftsweisen der Bundesregierung über Unternehmen bis zu den Gewerkschaften, von der Grünen Oberbürgermeisterin bis zu vielen Ministerpräsidenten der CDU, alle wissen, wir müssen Deutschland jetzt fit für die Zukunft machen.

Mit ihnen allen wollen wir die Zukunft gestalten. Dazu schlagen wir einen neuen wirtschaftlichen Aufbruch mit einem „Deutschland-Investitionsfonds für Bund, Länder und Kommunen“ vor. Basis dafür ist eine entsprechende Reform der Schuldenbremse im Grundgesetz, um zukünftig öffentliche Investitionen dauerhaft über Kredite finanzieren zu können.

Ohne eine Reform der Schuldenbremse werden wir das Notwendige nicht finanzieren können. Zu viele Jahrzehnte ist zu wenig passiert. Der Investitionsstau ist deshalb gigantisch. Die Infrastruktur zum Teil marode. Die notwendigen Investitionen für eine klimaneutrale Wirtschaft drängend.

Die Ampel konnte seit Beginn ihrer Regierungszeit die Investitionen im Bundeshaushalt – trotz der Kürzungen in Folge des Urteils des Bundesverfassungsgerichts – deutlich erhöhen. Mit den Klimaschutzverträgen treiben wir den klimaneutralen Umbau der Grundstoffindustrie voran. Wir ermöglichen jetzt endlich den Wasserstoffhochlauf und gleichzeitig die Wärmewende. Wir investieren in die Ansiedlung von Chipfabriken in Sachsen und Sachsen-Anhalt, die Produktion von grünem Stahl im Saarland, Niedersachsen, Bremen und Nordrhein-Westfalen und vieles andere mehr. Wir reizen private Investitionen an und fördern mit dem Ausbau der Wagniskapital-Förderung der KfW um weitere 1,25 Mrd. Euro innovative Start- und Scale-Ups, d.h. Gründer*innen und Wachstumsunternehmen, am Wirtschaftsstandort

Deutschland. Mit der Ausweitung der Forschungszulage im Wachstumschancengesetz stärken wir die Entwicklung von Zukunftstechnologien „made in Germany“.

Trotz angespannter Haushaltslage gibt die Bundesregierung so viel Geld für die Modernisierung der Schiene aus, wie noch keine zuvor. Allein bis 2027 sollen zusätzliche 11,5 Mrd. Euro in die Sanierung, den Erhalt und den Neubau von Schienenwegen fließen. Weitere 20 Mrd. Euro kommen bis 2029 als Eigenkapitalerhöhung der Deutschen Bahn für den Ausbau der Schieneninfrastruktur hinzu. Für Investitionen in die Bundesfernstraßen sind 8,4 Mrd. Euro vorgesehen.

Das ist gut, reicht aber nicht aus, um das zu tun, was nötig ist. Investitionsprogramme wie der Inflation Reduction Act in den USA zeigen, was möglich ist, wenn man entschlossen handelt. Sie zeigen aber auch: Wenn wir wollen, dass Deutschland in der Spitze mitspielt, müssen auch wir handeln.

Es ist auch eine Frage der Generationengerechtigkeit, unseren Kindern und Enkeln ein modernes, funktionierendes und klimaneutrales Land und keine aufgeschobenen Lasten und marode Infrastruktur zu hinterlassen. Daher sind Kredite zur Finanzierung sinnvolles politisches Handeln und die wirtschaftlich richtige Entscheidung.

Wir wollen einen deutschlandweiten Schulterschluss schaffen und die Zukunft des Landes gemeinsam mit den Ländern und Kommunen gestalten. Deshalb wird der Investitionsfonds auch Investitionen verstärken, bei denen der Bund bereits heute Ländern und Kommunen unter die Arme greift. Sei es bei Schulbauten, im ÖPNV, beim sozialen Wohnungsbau, der Digitalisierung von Verwaltung oder der Anpassung an die Klimakrise – es geht um einen gemeinsamen Aufbruch für eine gute Zukunft.

Wir wollen nicht nur das Geld für öffentliche Zukunftsinvestitionen in die Hand nehmen, sondern Deutschland wieder zu einem attraktiven Investitionsstandort machen. Damit Unternehmen langfristig in unser Land investieren, müssen wir die über Jahrzehnte aufgebaute unnötige Bürokratie abschaffen und faire Energiepreise sichern. Wir brauchen Lokführerinnen, Erzieher und IT-Spezialistinnen und viele helfende Hände, um das Land am Laufen zu halten. Die Vielfalt unserer Wirtschaft – von der produzierenden Industrie über das Handwerk, die Landwirtschaft bis zum diversen Dienstleistungssektor – ist dabei unsere Stärke, die wir erhalten und noch ausbauen möchten.

Mit diesem Beschluss wollen wir alle, die sich um die Zukunft unseres Landes bemühen, einladen – den Landrat und die Oberbürgermeisterin, die Ministerpräsidentinnen und -präsidenten, unsere demokratischen Mitbewerber und die vielen Akteur*innen der Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft: Lassen Sie uns gemeinsam den Diskurs darüber aufnehmen, wie wir die nötigen Investitionen für die Zukunft unseres Landes ermöglichen können, mit Weitblick für die Zukunft.

I EIN INVESTITIONSFONDS FÜR BUND, LÄNDER UND KOMMUNEN

Wir machen einen neuen Vorschlag – den „Deutschland-Investitionsfonds für Bund, Länder und Kommunen“.

Mit Hilfe des Deutschland-Investitionsfonds investieren wir in die **Modernisierung und Dekarbonisierung der Wirtschaft und in Zukunftstechnologien** sowie die Ansiedelung von Klima-Industrien in Deutschland. Dazu gehört eine **Prämie für Klimazukunftsinvestitionen**, wie sie US-Präsident Biden im Rahmen des Inflation Reduction Act eingeführt hat. Wir wollen im großen Stil Anreize für private Investitionen in Zukunftstechnologien setzen, z.B. für nationale Produktionskapazitäten für Schlüsseltechnologien wie Solar, Wind, Wasserstoff oder Batterien, und in energieeffizientere und digitale Prozesse. Damit sich nachhaltiges Wirtschaften endlich auch finanziell schneller auszahlt, braucht es neben konkreten Fördermaßnahmen ein Update der unternehmerischen Erfolgsmessung.

Mit Hilfe des Deutschland-Investitionsfonds finanzieren wir auch Investitionen in die Infrastruktur. Etwa in die Verkehrsinfrastruktur, in den Aus- und Neubau, die Elektrifizierung und Digitalisierung des **Schienennetzes** oder in **bessere Radinfrastruktur**. Der Fonds wird auch zusätzliche Investitionen in den Aufbau der **Wasserstoffinfrastruktur** ermöglichen, sowie Investitionen in eine nachhaltige **digitale Infrastruktur**.

Gerade die Kommunen sind als Herzkammer unserer Demokratie der Ort, an dem jede und jeder direkt spürt, wenn Investitionen ausbleiben. Deswegen soll der Fonds ausreichend **Mittel für Länder und Kommunen** bereitstellen, um anteilig dringend nötige Investitionen in **Schulbauten**, in **Busse und Bahnen**, **bezahlbare Wohnungen** oder **Schwimmbäder** und **Sportplätze** vor Ort zu finanzieren. Zu groß ist der Investitionsstau, deswegen braucht es hier einen gemeinsamen Aufbruch. Wir laden die Ministerpräsident*innen und Finanzminister*innen der Länder ein, neben dem Deutschland-Investitionsfonds, über einen vergrößerten strukturellen Kreditspielraum für ihre Haushalte ins Gespräch zu kommen. Denn es sind gerade Investitionen in Bildung und Forschung, in Köpfe, statt Beton, in die innere Sicherheit, in die Verwaltungsmodernisierung, die in den Bundesländern stattfinden.

Den Deutschland-Investitionsfonds ermöglichen wir durch eine **Reform der Schuldenbremse**. Wir brauchen planbare Investitionen über viele Jahre hinweg. Denn Investitionen in die Zukunft, für starkes öffentliches Vermögen und nachhaltiges Wachstum sind eine Daueraufgabe. Der Deutschland-Investitionsfonds ermöglicht zugleich Transparenz über die Investitionen durch einen Wirtschaftsplan.

Technologien und Gesellschaften entwickeln sich stetig weiter und unsere Infrastruktur muss Schritt halten. Deswegen braucht es eine dauerhafte Lösung für mehr Investitionen. Wir wollen, dass Investitionen, die neue Werte schaffen, zukünftig auch über Kredite finanziert werden können. So schaffen wir die nötige Sicherheit, damit auch große und kleine Unternehmen, die Industrie, ja selbst der kleine Handwerksbetrieb substanziell private Investitionen in die Zukunft mobilisieren. Denn wir brauchen beides, öffentliche und private Investitionen, um den Aufbruch zu schaffen.

II WIRTSCHAFTSSTANDORT STÄRKEN

Ein neuer wirtschaftlicher Aufbruch braucht mehr als Investitionen. Wir müssen auch die Rahmenbedingungen des Wirtschaftens in unserem Land verbessern. Fachkräftemangel, zu hohe Energiepreise, übermäßige Bürokratie, und langwierige Genehmigungsprozesse erschweren Investitionen in den Standort Deutschland. An diesen Hürden arbeitet die Ampel seit dem ersten Tag, wir wollen diese Arbeit mit aller Kraft fortsetzen.

FACH- UND ARBEITSKRÄFTE FÜR DAS LAND

Ein moderner Wirtschaftsstandort braucht qualifizierte Menschen, die das Land am Laufen halten. Schon heute ist der Fach- und Arbeitskräftemangel an allen Ecken und Enden zu sehen. Oft fehlt Personal, um Restaurants zu betreiben, Maschinen zu bedienen oder Solaranlagen zu installieren, unsere Kinder zu unterrichten oder den Bus zu fahren. In Deutschland fehlen rund 20.000 Erzieherinnen und fast genauso viele Altenpfleger. Es fehlen mehr als 13.000 Informatikerinnen und alleine bei der Deutschen Bahn sind 4.000 Stellen für Lokführer offen. Und die Lage wird angespannter: Bis 2035 könnten bis zu 7 Mio. Arbeitskräfte fehlen, weil mehr Menschen in Rente gehen, als Junge in den Arbeitsmarkt kommen.

Was wir bereits geschafft haben:

- Mit dem **Fachkräfteeinwanderungsgesetz** haben wir das modernste Einwanderungsrecht umgesetzt, das Deutschland je hatte. Damit haben wir Deutschland als Einwanderungsland endlich attraktiver gemacht und sichern hunderttausende Fachkräfte.
- Das **Weiterbildungsgesetz** macht Deutschland zur Weiterbildungsrepublik. Mit der **Ausbildungsgarantie** haben wir dafür gesorgt, dass alle Jugendlichen eine Ausbildung anfangen können. Mit dem neuen **Qualifizierungsgeld** sorgen wir für Sicherheit im Wandel. Während Unternehmen sich neu positionieren und ihre Produktion umbauen, können Beschäftigte sich im Betrieb dafür passend qualifizieren und fortbilden. Mit dem neuen **Weiterbildungsgeld** für Arbeitslose unterstützen wir alle, die eine Berufsausbildung nachholen und künftig als Fachkraft gute Jobaussichten haben werden.
- Mit der Reform der **Mitarbeiterkapitalbeteiligung** haben wir die Rahmenbedingungen für den Startup Standort Deutschland so verbessert, dass Start- und Scale-ups, die oft (noch) nicht umfangreiche Gehälter zahlen können, zu deutlich attraktiveren Konditionen Mitarbeitende gewinnen können.

Was nun nötig ist:

- Wir wollen **Arbeitsverbote für Asylsuchende und Geflüchtete abschaffen**. Das fördert die Integration und das Miteinander in der Gesellschaft. Das **Verfahren für eine Arbeitsgenehmigung** für Asylsuchende und Geduldete muss vereinfacht werden, damit die Behörden entlastet und bestehende Arbeitsplatzangebote auch angenommen werden können.
- Die **Anerkennung von Berufsabschlüssen** muss grundlegend reformiert und erleichtert werden. Informelle Qualifikationen sollen besser anerkannt werden.
- Wir wollen **das Fachkräfteeinwanderungsgesetz weiterentwickeln**. Damit Arbeitgeber*innen in Deutschland Menschen aus dem Ausland auch tatsächlich einstellen, muss es allen Seiten so einfach wie möglich gemacht werden.
- Wir brauchen **Investitionen in unsere Einwanderungs- und Integrationsinfrastruktur**, etwa mit Sprachförderung (mit Kinderbetreuung), Wohnraum, Sprachmittlung, Migrationsberatung, sowie niedrigschwellige Angebote für gesellschaftliches Engagement. Jeder Euro, den wir in ein modernes Einwanderungssystem investieren, zahlt sich aus.
- Eltern müssen sicher sein können, dass ihre Kinder in Kitas gut unterstützt und betreut sind. Gute frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung ist außerdem wichtig für mehr Chancengerechtigkeit. Mithilfe des „Deutschlands-Investitionsfonds für Bund Länder und

Kommunen“ können wir noch stärkere Investitionen in die **Kinderbetreuung und frühkindliche Bildung** ermöglichen.

- Wir wollen die Erwerbstätigkeit von Frauen weiter erhöhen. Neben guten Betreuungsmöglichkeiten sind auch **flexiblere Arbeitszeitmodelle** notwendig, die es vielen Menschen erst möglich machen, Arbeitsangebote wahrzunehmen.
- Die **Anrechnung von Arbeitseinkommen** auf Transfergeldansprüche haben wir mit Einführung des Bürgergeldes bereits verbessert, so können nun alle, die arbeiten, mehr von ihrem Lohn behalten als vor der Reform. Diese Anreize wollen wir weiter verbessern. Durch eine Reform der Mindestlohnkommission wollen wir den **Mindestlohn** sachgerecht erhöhen, 2024 wären das bereits über 14 Euro. Auch dadurch wollen wir Anreize zur Arbeit verstärken.

BÜROKRATIE ABBAUEN

Über Jahrzehnte wurde in Deutschland immer neue Bürokratie aufgebaut. Unnötige Regeln und überflüssiger Papierkram treiben viele Unternehmen in den Wahnsinn und hemmen Investitionen. Diese wollen wir abbauen. Dabei geht es nicht um den Abbau von Schutzstandards, sondern um einfachere und effizientere Regeln.

Was wir bereits geschafft haben:

- Wir haben beispielsweise bei Bauprojekten für Brückensanierungen, für den Ausbau von Bahnschienen oder beim Windkraftausbau **Planungsverfahren beschleunigt**.
- Wir haben mit dem Instrument der **Praxischecks** ein Verfahren entwickelt, um gemeinsam mit den relevanten Beteiligten und Expertinnen und Experten für konkrete Investitionsvorhaben und Fallkonstellationen die in der Praxis wichtigen bürokratischen Hemmnisse zu erkennen und dafür Lösungen zu entwickeln. Beim Solarpaket war der Erfolg bereits durchschlagend und hat so den PV-Boom ermöglicht.
- Wir wollen einen Neuanfang für den digitalen Staat. Mit der Weiterentwicklung des **Onlinezugangsgesetzes** schaffen wir die Voraussetzungen, um die Verwaltung endlich in der Breite zu digitalisieren.
- Wir haben mit dem Zukunftsfinanzierungsgesetz die Modernisierung und **Digitalisierung des Finanzstandorts** vorangetrieben

Was nun nötig ist:

- Wir wollen die neuen **Praxischecks ausweiten und zur zweiten Säule des Bürokratieabbaus in der Bundesregierung machen**. Alle Teile der Bundesregierung sollen systematisch Praxischecks durchführen und daraus Konsequenzen für Gesetzgebung und Gesetzesvollzug ziehen.
- Wir wollen auch für die Wirtschaft und die Industrie Planungs- und Genehmigungsprozesse beschleunigen.
- Wir vereinfachen, professionalisieren, digitalisieren und beschleunigen die **öffentliche Beschaffung**. So wird die Vergabe digitalisiert und der Mittelstand, Start-Ups und Innovation gestärkt. Bürokratiearm werden wir die soziale und ökologische Beschaffung stärken.
- Wir verfolgen konsequent den Aufbau des Basisregisters für Unternehmen. Dies schafft die Voraussetzungen für effiziente Datenaustausche zwischen Behörden und für die Umsetzung des „**Once Only**“-Prinzips im Unternehmensbereich: Zukünftig sollen

Unternehmen ihre Daten der Verwaltung nur einmal mitteilen müssen; Mehrfachmeldungen an verschiedene Register können schrittweise durch Registerabfragen und zwischenbehördliche Datenaustausche ersetzt werden.

- Die Digitalisierung ist der größte Hebel, um Bürokratiekosten zu senken. Wir wollen den **Digital-Check** als festen Bestandteil der Gesetzgebungspraxis etablieren. Dabei wollen wir die digitale Kommunikation zwischen Unternehmen, Bürger*innen und der Verwaltung sicherstellen.
- Im kommenden **Bürokratieentlastungsgesetz IV** identifizieren wir zusätzliche Bürokratiemaßnahmen und schaffen sie ab.

FAIRE ENERGIEPREISE FÜR WIRTSCHAFT UND VERBRAUCHER*INNEN

Für den Standort Deutschland ist es entscheidend, dass wir saubere Energie zu fairen Preisen bereitstellen können. Dann bleibt das Land attraktiv für Investitionen in klimaneutrale Technologien.

Was wir bereits geschafft haben:

- Die Bundesregierung hat Millionen Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen trotz einer schwierigen Ausgangslage und hoher Abhängigkeit von russischem Gas sicher durch die Energiekrise gebracht und dabei eine **verlässliche Versorgung und bezahlbare Energiepreise gesichert**. Aktuell befinden sich die Strompreise für die Industrie sogar unter Vorkrisenniveau.
- Wir haben den **Ausbau der Erneuerbaren Energien** massiv nach vorne gebracht. Ein Riesenerfolg: 55 Prozent des deutschen Stroms stammten 2023 aus Erneuerbaren Energien. Und wir werden dafür sorgen, dass es im Jahr 2030 80 Prozent des Stroms sind. Durch den Europäischen Green Deal werden alle EU-Länder ihre Anstrengungen zum Ausbau der Erneuerbaren bis 2030 verdoppeln.
- Mit der **Abschaffung der EEG-Umlage** entlasten wir die Bürger*innen und Unternehmen in diesem Jahr um mindestens 10,4 Milliarden Euro.
- Wir entlasten Mittelstand und Industrie im produzierenden Gewerbe bei der **Stromsteuer** um rund 3 Milliarden Euro in den nächsten beiden Jahren. Für Bäckereien oder Maschinenbauer sinken die Stromkosten durch die Reduzierung der Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß um mehrere Cent pro Kilowattstunde. Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen, werden zusätzlich von den CO2-Preis-Kosten, die bei der Stromproduktion anfallen, entlastet.
- Mit dem **Wasserstoffkernnetz** und den geförderten Wasserstoff-IPCEI-Projekten legen wir wichtige Bausteine für die Infrastruktur der klimaneutralen Industriezukunft. Damit überall grünes Gas zur Verfügung steht, wo es benötigt wird.

Was nun nötig ist:

- Wir wollen möglichst viele **Wertschöpfungsstufen der Erneuerbaren in Deutschland und Europa halten und neu ansiedeln**. Die Sicherheit und Planbarkeit der erneuerbaren Energieversorgung hat für eine Wirtschaft, die auf 100% grüne Energie setzt, existenzielle Bedeutung. Sowohl nachfrageseitige Stützung des deutschen Marktes im Vorgriff auf die Umsetzung des Net-Zero-Industry-Acts, als auch investive Unterstützung von Ansiedlungen, wie sie bereits jetzt durch das Wirtschafts- und

Klimaministerium eingeführt wurden, sind für uns gute Wege, Deutschland und Europa unabhängig zu machen.

- Wir wollen **Strom-Differenzverträge für energieintensive Unternehmen**. Um Unternehmen den Zugang zu kostengünstigen erneuerbaren Energien zu ermöglichen, soll Strom aus erneuerbaren Anlagen nahe an der Höhe der Produktionskosten an Unternehmen weitergeben werden können. Dafür wollen wir staatliche Strom-Differenzverträge bereitstellen, durch die der Staat die Rolle des Market-Makers ausführt, Ausfallrisiken übernimmt sowie Angebot und Nachfrage koordiniert
- Wir wollen **Flexibilitäts-Hindernisse abbauen**. Schon heute könnten manche energieintensiven Unternehmen viel stärker von den günstigen Strompreisen der Erneuerbaren profitieren. Diese günstigen Preise treten an der Strombörse immer dann auf, wenn viel Wind- oder Sonnenstrom produziert werden. Auch wenn manche Unternehmen technisch heute schon in der Lage wären, viel stärker auf diese Preissignale zu reagieren, wird dies durch veraltete Regeln am Strommarkt verhindert. Und übrigens: auch die unflexiblen Unternehmen profitieren davon, wenn die flexiblen verstärkt in die Zeiten mit viel Wind und Sonne ausweichen. Dann bleibt in den Zeiten mit weniger Wind und Sonne mehr von dem knapperen Strom für die anderen übrig – und wird dadurch am Markt günstiger.